

Themenübersicht:

Editorial

- 1. Klimaschutz statt Kunstschnee-Wahn**
- 2. Ländlicher Raum bleibt Kernthema**
- 3. Steuern sollten steuern**
- 4. Lasche Resultate von Durban fordern Thüringen heraus**
- 5. SPD, CDU und FDP verweigern sich humanitärer Geste**

Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

wie Grüne stehen für klare Prinzipien. Für manche wurden wir lange verlacht, obwohl sie längst durch Wissenschaft und tägliche Erfahrung bestätigt wurden. In diesem Jahr blieb aber manches Lachen im Halse stecken, weil unsere Konzepte tragen.

Ob Atomausstieg oder Euro-Rettung – die Entwicklungen überrollten das politische Establishment und machen insbesondere den schwarz-gelben Betonköpfen schwer zu schaffen. Der konservative Politologe Eckhard Jesse schrieb einmal: „1789 und 1989 stehen für welthistorische Zäsuren, sind Epochenjahre.“ Nun muss er wohl 2011 hinzufügen.

Beginnen wir mit der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima im März 2011. Mit Schrecken hat sie der ganzen Welt die Gefährlichkeit der Atomenergie verdeutlicht und auch in Deutschland die Wende in der Energiepolitik eingeleitet hat. In die Reihen der Beharrer kam hektische Bewegung: Nach dem Ausstieg aus dem Ausstieg beschloss Schwarz-Gelb das Ende der Atomenergie bis zum Jahr 2022. Parallel zur Abschaltung der Kernkraftwerke sollte die Nutzung alternativer Energiequellen ausgebaut werden. Ein harter Brocken für viele CDU-Mitglieder und konservative Wähler. Bis heute haben sie ihn nicht verdaut. Das wird beispielsweise an der Blockadehaltung der Thüringer CDU gegenüber der Windenergie deutlich.

Nehmen wir die Wehrpflicht. Jahrzehntlang war sie für die CDU nicht verhandelbar. Doch dem später an wissenschaftlicher Unachtsamkeit gescheiterten Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) gelang in bis dahin einzigartiger Coup: Ihm gelang es, die schwarz-gelben Kohorten von der Aussetzung der Wehrpflicht zu überzeugen. Damit wurde eine sicherheitspolitisch unnötige und gesellschaftlich ungerechte Zwangsmaßnahme aufgehoben. Entscheidend für den Bruch mit alten konservativen Überzeugungen war aber wohl die knappe Kasse des Bundes. Wir dem auch sei, Schwarz-Gelb hinterließ eine unübersichtliche Großbaustelle. Die Mängel des neu eingerichteten Bundesfreiwilligendienstes sind auch in Thüringen längst offenbar, auch wenn CDU und FDP dies hämisch bestreiten.

Kommen wir zum Euro-Rettungsschirm. Ob Hebelung, Bonds, Goldreserven oder permanente Verstärkung der Maßnahmen – zunächst wurde der Beelzebub beschworen, dann bekamen sich CDU und FDP in die Haare, schließlich wurden heilige Eide gebrochen. Die christdemokratische Parteibasis fühlt sich von der Bundesregierung übergangen, die FDP befindet sich – nicht nur wegen des Euros – in der Selbstauflösung. Die Kosten aber werden immer unkalkulierbarer. Das werden wir auch in Thüringen spüren. Denn bis zum Sommer soll es im Bund einen Nachtragshaushalt geben, der die ersten Mittel für den

Rettungsschirm zur Verfügung stellt und diese irgendwo einspart – wahrscheinlich bei den Ländern.

Für Thüringen besonders schockierend ist die rechtsextreme Terrorwelle, die von Jena aus ihren Ausgang nahm. Nachdem sich die CDU jahrelang vor allem auf die Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus fabriziert hatte, muss sie nun einsehen, dass sie damit am Kern des Problems vorbeiaargumentierte. Ein Eingeständnis dessen lässt sie allerdings noch vermissen. Dennoch ist klar: Thüringen braucht kein Landesprogramm mit einem kunstvollen Namen, sondern eines, das wirksam gegen die Verbreitung rechten Gedankenguts auch in der Mitte der Gesellschaft ist.

Es ist mitunter erschreckend, dass sich unsere Anschauungen immer wieder bewahrheiten. Das ändert aber nichts daran, dass wir sie weiter nachdrücklich vertreten werden. Bislang müssen wir dafür oft die Ablehnung von CDU, SPD und FDP verkraften. Doch jeder abgelehnter Antrag, jeder gescheiterter Gesetzentwurf ist ein Baustein zur Vorbereitung darauf, dass wir Thüringen mitregieren. Es ist keine vertane Zeit, eigene Positionen zu entwickeln und in das parlamentarische Verfahren einzubringen. Wir werden diesen Weg 2012 fortsetzen und damit Voraussetzungen für die Umsetzung grüner Politikziele nach der nächsten Landtagswahl schaffen. Von unserem Kurs der Eigenständigkeit lassen wir uns nicht abbringen.

Zunächst aber wünsche ich im Namen der gesamten Fraktion ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein zufriedenes neues Jahr

Eure Fraktionsvorsitzende

Anja Siegesmund

1. Klimaschutz statt Kunstschnee-Wahn

Unsere Fraktion sieht die Pläne, im Thüringer Wald unter anderem mit Brucheis („Crushed Ice“) das Skifahren zu ermöglichen, sehr kritisch.

„Für mich ist nicht nachvollziehbar, dass schon wieder so verschwenderisch mit Energie und Ressourcen umgegangen wird, um in Oberhof Skiloipen zu präparieren“, sagt unser energie- und tourismuspolitische Sprecher, Dirk Adams. „Wir müssen vielmehr die Realitäten anerkennen: Das Klima tendiert in unseren Mittelgebirgen in Richtung milderer Winter und damit auch in Richtung weniger Schnee.“

Der von vielen Politikern, unter anderem auch CDU-Landrat Ralf Luther, propagierte Bau der Skihalle in Oberhof wurde unter anderem damit begründet, dass dort wetterunabhängig Schnee für die Weltcupstrecken produziert werden könne. „Es zeigt sich nun, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde und die Begründung lediglich helfen sollte, das Projekt gegen jede Vernunft durchzuboxen.“

Nun wurde gemeldet, dass im Zusammenhang mit den Großsportereignissen Tour de Ski und dem Biathlon-Weltcup 1 000 Tonnen Crushed Ice in 20 LKW-Ladungen aus Bremerhaven nach Oberhof transportiert wurden. Der Aufwand für Herstellung und Transport von Crushed Ice ist immens. „Einen effizienten Energieeinsatz kann ich im vorliegenden Fall beim besten Willen nicht erkennen“, betont Adams. Zudem sei ihm nicht klar, wie die zusätzlichen Kosten für das Crushed Ice aus Bremerhaven gedeckt werden sollen. „Ich fände es skandalös, wenn am Ende die Steuerzahlenden für die Zeche aufkommen müssen.“

2. Ländlicher Raum bleibt Kernthema

Unsere Fraktion hat den ländlichen Raum nicht nur zum Thema einer Großen Anfrage gemacht. Sie wollte auch veranlassen, dass sich der nächste Thüringen-Monitor schwerpunktmäßig mit diesem Thema beschäftigt.

„Für uns ist der ländliche Raum die prägende Region des Freistaates“, sagt Dr. Frank Augsten, unser agrarpolitischer Sprecher. Schließlich umfasst er laut Förderinitiative Ländliche Entwicklung in Thüringen (FILET) das gesamte Gebiet des Freistaates mit Ausnahme von Erfurt, Gera und Jena. Eine wissenschaftliche Bewertung der aktuellen Situation und das Aufzeigen von Entwicklungsperspektiven wäre daher aus unserer Sicht für die Ausgestaltung der Planungs- und Förderinstrumente hilfreich gewesen.

„Dass unser Antrag für einen entsprechenden Schwerpunkt im Thüringen-Monitor abgelehnt wurde, ist enttäuschend“, so Augsten. „Wir werden die Menschen in dieser Region aber nicht im Stich lassen und den ländlichen Raum weiter als eines unserer Kernthemen behandeln.“

3. Steuern sollten steuern

In der Landtagsdebatte zum Haushalt 2012 haben wir den Etatentwurf der Regierung scharf kritisiert.

„Die Regierung brüstet sich mit einer schwarzen Null, aber verschweigt, dass sie diese nur einem starken Rückenwind verdankt“, sagte unser finanzpolitischer, Carsten Meyer. „Thüringen profitiert von der guten Konjunktur, von sinkenden Arbeitslosenzahlen und niedrigen Zinskosten – oder anders gesagt: vom Reallohnverlust der abhängig Beschäftigten und den damit verbundenen geringen Lohnstückkosten, die unseren Export stützen.“ Hinzu kommen, so Meyer, Niedrigzinsen, die den Banken das Geschäft erschweren und zu einer „Konjunkturblase des billigen Geldes“ beitragen. Diese Effekte sind aber vorübergehend und bereits jetzt von anderen Entwicklungen bedroht. „Niemand sollte sich einbilden, dass die schlingernden Wirtschaften in einigen EU-Staaten keinen Einfluss auf Deutschland und Thüringen haben werden. Eine Rezession in Südeuropa belastet uns doppelt: Mit dem Ausfall von Exporten und mit der Inanspruchnahme der diversen Rettungsschirme.“

Wir halten den Thüringer Etat für 2012 für nicht zukunftsfähig. „In 21 Jahren hat die CDU in Thüringen mindestens drei deutliche Stoppschilder überfahren“, sagt Meyer. So hat Thüringen beim Zuwachs der Neuverschuldung bereits seit 1993 Sachsen hinter sich gelassen. 1997 überholte Thüringen die westdeutschen Flächenstaaten bei der Pro-Kopf-Verschuldung. Und während Sachsen ab 2005 mit einem kontinuierlichen Schuldenabbau begann, fehlte in Thüringen weiter ein Fahrplan für eine anhaltende Schuldenreduzierung. „Nur durch glückliche Umstände konnte der Finanzminister einen ausgeglichenen Haushalt halbwegs pünktlich vorlegen“, so Meyer weiter. „Obwohl die Koalition schon im Juni erklärte, der Haushalt sei in Sack und Tüten, wurde bis vor wenigen Tagen weitergestritten – als Gipfel wurden dem Haushalts- und Finanzausschuss vor einer Woche 120 Änderungsanträge vorgelegt.“

Wir wollten mit ihren Sparvorschlägen und den Steuerermehreinnahmen aus der Novembersteuerschätzung die notwendigen strukturellen Änderungen bei den Ausgaben einleiten. „Steuern sollen machen, wonach sie heißen, nämlich steuern“, sagt Meyer. „Leider

wurde über die Anträge nicht einmal diskutiert.“ Grundsätzlich müsse verfügbares Geld so eingesetzt werden, dass eine „doppelte Rendite“ entsteht. „Damit meinen wir, dass nicht nur weitere Kosten erspart bleiben, sondern auch, dass die Umwelt oder die Gesellschaft davon noch einen zweiten Nutzen haben.“ So muss sich die Sanierung von Landesliegenschaften an strengen Energiestandards orientieren, um künftig die Energiekosten zu minimieren. Schwerpunkte grüner Investitionspolitik sind die Handlungsfähigkeit der Kommunen, die Bildungs- und Sozialpolitik sowie der ländliche Raum und die Umwelt. „Nicht zuletzt haben wir aus erschütterndem aktuellen Anlass das Programm gegen Rechtsextremismus um zwei Millionen Euro aufstocken wollen, um damit die Arbeit in der Fläche zu professionalisieren.“

Meyer kritisierte zum wiederholten Male auch die Pläne der Regierungskoalition für einen Doppelhaushalt 2013/14. „Eine solche Entscheidung kann doch nicht von den Ergebnissen einer Steuerschätzung abhängig gemacht werden – sie braucht entsprechende Rahmenbedingungen“, sagte Meyer. Aber weder das finanzielle und wirtschaftliche Gesamtklima, noch die zerrüttete Verfassung der schwarz-roten Koalition seien passende Voraussetzungen. „Anstatt Thüringen endlich zukunftsfähig zu gestalten, versucht Schwarz-Rot lediglich, die eigenen Probleme wegzuschminken“, so der Grünen-Politiker. „Thüringen bleibt ein Insolvenzfall! Gut, dass das die Ratingagenturen noch nicht mitbekommen haben. Und ärgerlich, dass die CDU nicht nur die Geschäftsführerin war, die die Insolvenz verursacht hat, sondern nun auch die Insolvenzverwalterin ist.“

4. Lasche Resultate von Durban fordern Thüringen heraus

Thüringen stößt ein Promille, also ein Tausendstel des weltweiten Kohlendioxids aus. Ob das viel oder wenig ist, mag jeder für sich selbst entscheiden. Was bleibt ist, dass einige beim Klimaschutz vorangehen müssen. In Europa. In Deutschland. In Thüringen.

Die kläglichen Ergebnisse von Durban zeigen, dass der weltweite Klimaschutz erst funktionieren wird, wenn es Vorreiter gibt, die beweisen, dass die notwendige massive Reduktion der Klimagase auch wirtschaftlich sogar vorteilhaft ist. Wer als Erstes nachhaltige Produkte entwickelt und einsetzt, hat dann den Vorsprung diese auch an andere zu verkaufen. Wer schneller weg kommt vom knappen Öl, wird schon am sicheren Ufer sein, wenn andere unter den hohen Preisen, die unweigerlich kommen werden, zusammenbrechen. Wenn viele die neuen Technologien einsetzen, werden diese günstig und alle können sie sich leisten.

Nicht nur die Inselstaaten, auch Thüringen ist existenziell auf die Begrenzung des Klimawandels angewiesen. Die massive Zunahme der Klimagase bedroht auch die Stabilität der Witterung in unserer Region. Neueste Forschungen zeigen, dass etwa die Trockenheit im Thüringer Becken dramatische Ausmaße annehmen könnte.

Wir werden uns deshalb weiter im Landtag dafür einsetzen, dass Nachhaltigkeit und Klimaschutz nicht nur im Mund geführt, sondern ernst genommen werden. Und außerdem macht Nachhaltigkeit ja sexy. Auch im Promillebereich.

Petition für ein Straßenbaumoratorium in Endspurt

Nicht so sexy sind die vielen Straßen-Neubauprojekte, die derzeit noch immer bundesweit geplant werden. Eine Online-Petition beim Bundestag setzt sich dafür ein, dass diese alle auf

ihre Sinnhaftigkeit und Finanzierbarkeit überprüft werden sollen. Ihr findet die Petition, die noch bis zum 20. Dezember mit gezeichnet werden kann, hier:

<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=20526>

5. SPD, CDU und FDP verweigern sich humanitärer Geste

Nachdem die CDU, SPD, FDP-Fraktionen den Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE Abschiebungen in den Kosovo bis zum April 2012 im Rahmen eines sogenannten Wintererlasses auszusetzen, nur in den Ausschuss überwiesen und damit eine Entscheidung noch vor dem Wintereinbruch verweigerten, erklärt Astrid Rothe-Beinlich, unsere migrationspolitische Sprecherin:

„Die Koalition hat mit Ihrer Verweigerungs- und unehrlichen Verzögerungstaktik gegenüber dem Wintererlass für einen Abschiebestopp von Roma, Ashkali und Ägyptern in den Kosovo, vielleicht ihr Gewissen beruhigt. Uns ging es aber nicht um Weihnachtsfrieden, sondern um eine wichtige humanitäre Geste, sprich die Zusage, im Winter keine Roma und Ashkali abzuschicken.“

Der Wintererlass, der bereits in vielen anderen Bundesländern unter anderem in NRW, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg erlassen worden ist, hätte nach Ansicht der bündnisgrünen Fraktion eine wichtige Geste im Sinne einer menschlicheren Flüchtlingspolitik in Thüringen bedeuten können.

„CDU, SPD und FDP haben mit ihrer Entscheidung die Maske fallen gelassen. Das ist ein Schlag ins Gesicht der 144 betroffenen Menschen in Thüringen, denen so geholfen wäre. Die kosovarischen Lebensbedingungen gerade für Roma und Ashkali sowie Ägypter - die oftmals seit Jahren in Deutschland leben und teilweise sogar hier geboren sind – sind extrem schlecht, so dass Abschiebungen im Winter regelrecht ins kalte Elend führen. Gerade die Situation bei der Gesundheitsversorgung, der Bildungsteilhabe und der sozialen Absicherungen von abgeschobenen Flüchtlingen im Kosovo machen uns große Sorgen. Innenminister Geibert ignoriert die Situation im Kosovo leider völlig. Das zeigt einmal mehr: Die SPD ist mehr am Koalitionsfrieden als an einer sozialen, menschenwürdigen Flüchtlingspolitik interessiert. Eines ist auch für das neue Jahr sicher: Mit SPD und CDU unterstützt durch die FDP, wird die unmenschliche Abschiebepaxis ins kalte Elend auch im nächsten Winter weiter gehen“, schließt unsere Migrationspolitikerin, die sich eigentlich das Engagement für einen dauerhaften Abschiebestopp und eine Bleiberechtsregelung erhofft hatte.

<http://www.parldok.thueringen.de/parldok/tcl/PDDocView.tcl?mode=show&dokid=43385&page=0>

Mehr von InfoGRÜN, unserem Gentechniknewsletter oder News in Sachen Verkehrspolitik?

Hier sind gibt es eine Übersicht: <http://gruene-fraktion.thueringen.de/newsletterpresseverteiler.html>

Genug von InfoGRÜN? InfoGRÜN abbestellen: <http://gruene-fraktion.thueringen.de/infogruen/infogruen-abbestellen.html>